

VEA 1933

Der sichere Weg zum Schisma

Ein amtlicher Schriftwechsel — Wie alles kam — Entscheidung tut not

Dahin umrissen worden, daß nicht nur die wirtschaftlichen Fragen den Ministerpräsidenten nach Berlin geführt haben können, sondern, daß aus der amtlichen Mitteilung darauf geschlossen werden müsse, daß der Konflikt zwischen Deutschland und Oesterreich gleichfalls erörtert worden sei. Wir sind in unserer Außenpolitik durch enge freundschaftliche Beziehungen mit Deutschland ebenso wie mit Oesterreich verknüpft. Der ungarischen Außenpolitik kann es also nicht gleichgültig sein, ob die zwischen Oesterreich und Deutschland entstandene Kluft sich noch mehr ausweitet oder ob eine Möglichkeit ihrer Ueberbrückung gefunden werden kann. Das ungarische Interesse erheischt jedenfalls die Ueberbrückung des Gegenjages, und nichts kann selbstverständlicher sein, als daß dem ungarischen Ministerpräsidenten daran liegen muß, mit dem deutschen Reichskanzler in eine freundschaftliche Aussprache über diese so wichtige Frage einzutreten. Wir wissen, daß Deutschland in der Tat keinen Grund haben kann, an der Selbstlosigkeit zu zweifeln, mit der Ungarn an diese Frage herantritt, wie auch Ungarn keinerlei Grund hat, anzunehmen, daß auf deutscher Seite das Motiv, von dem es sich dabei leiten läßt, irgendwie verkannt oder mißdeutet werden könnte. Ungarn muß als aufrichtiger Freund Oesterreichs und Deutschlands den Wunsch hegen, daß der Zwiespalt, der seine beiden Freunde heute voneinander trennt, möglichst rasch und gründlich durch Wiederherstellung der früheren vertraulichen Beziehungen abgelöst werde."

Hierzu bedarf es zunächst einer Klärung der Stellung Gömböschs in seinem eigenen Lande. Der derzeitige ungarische Ministerpräsident ist von Beruf Soldat. Er ist aus der alten österreicherisch-ungarischen Armee hervorgegangen und hat sich als verhältnismäßig junger Offizier 1919 dem Reichsverweiser, Admiral Horthy, angeschlossen, mit dem er bis heute in einem engen Vertrauensverhältnis steht. Demzufolge gehört Gömbösch zu jenem Kreise ungarischer Politiker, deren ganze Ausrichtung von Anfang an als antikhabsburgisch bezeichnet werden kann. Gömbösch hat bei den beiden Restaurationsversuchen Kaiser Karls 1922 aktiv zum Scheitern dieser Pläne beigetragen. Obwohl auch die Horthygruppe monarchistisch gesonnen ist, lehnt sie es ab, daß das Haus Habsburg die einzige legitime ungarische Königsfamilie sei. Die Kreise um Horthy und Gömbösch, zu denen trotz persönlicher Rivalitäten und Spannungen auch Graf Bethlen, der langjährige unumschränkte Beherrscher Ungarns, zu rechnen ist, verufen sich vielmehr auf das alte ungarische Recht der freien Königswahl — ein politischer Grundsatz, mit dem vorläufig jeder praktische Restaurationsplan hintangehalten wird. Gömbösch, der als jüngerer Staatsmann dem altösterreicherischen Stile der Politik des Grafen Bethlen fernsteht, hat mit Erfolg die außenpolitische Linie Bethlens weitergeführt, die seit 1926 auf der engen Freundschaft mit Italien beruht. Kurze Zeit nach dem Sturze Bethlens im Sommer 1931 schienen französische Einflüsse in Budapest sich durchzusetzen. Der Drahtzieher in jener Zeit war Philippe Berthelot, der frühere Generalsekretär des französischen Außenministeriums. Frankreich konnte jedoch in der ungarischen Frage nicht zu einer eindeutigen Stellungnahme gelangen. Französisch orientiert waren und sind die habsburgisch-legitimistischen Kreise des Hochadels, deren schärfste äußere Gegner jedoch Beneš und auch Südslawien sind. Da Frankreich seine Verbündeten nicht durch eine offene Stellungnahme für eine habsburgische Restauration brüskieren konnte, blieb alles in der Schwebe. Italien bemühte sich dann eine Zeitlang durch die Vermittlung

Seit Sonnabend hat die Spannung in dem Kampf um den Reichsbischof einen Grad angenommen, der auch in maßgebenden Kreisen die Hoffnung auf einen friedlichen Ausgang schwinden läßt. Der Bevollmächtigte des Reichskanzlers, Wehrkreispfarrer Müller, hat sein unter dem 15. Juni an des Dreimännerkollegium gerichtete Schreiben veröffentlicht. Es heißt darin: „Der Herr Reichskanzler hat mir sein außerordentliches Bedauern ausgedrückt, daß die Arbeiten für den Neubau der deutschen evangelischen Kirche eine schwierige und durchaus unliebsame Entwicklung genommen haben. Er hat meine Bitte, die Herren Bevollmächtigten zu empfangen, abgelehnt. Er lehnte auch den Empfang des Herrn Pastors D. von Bodelschwingh ab. Ein Empfang beim Herrn Reichspräsidenten ist zur Zeit ebenfalls nicht möglich.“

Diesen Abschnitt des Briefes, der einem Bruch Hilters mit den Bevollmächtigten der evangelischen Kirchen gleichkame, hat der „Völkische Beobachter“ vom 18. dieses Monats nicht abgedruckt. Daraus ist zu entnehmen, daß man in der NSDAP. eine Festlegung Hilters auf den Kurs der „Deutschen Christen“ verhindern möchte. In dem Schreiben Müllers heißt es weiter:

„Meines Erachtens ist die Lage die, daß Herr Pastor D. von Bodelschwingh von den Beauftragten der im Kirchenbund zusammengeschlossenen evangelischen Landeskirchen als Reichsbischof zwar in Aussicht genommen ist, daß aber ein anerkanntes Reichsbischofsamt noch nicht besteht, solange nicht die Verfassung der deutschen evangelischen Kirche in Kraft ist. Diese Verfassung bedarf der Zustimmung des Kirchenvolkes wie der Zustimmung des Reiches.“

Es sollte deshalb zur Klärung und Entspannung der Lage vorstehende Tatsache bekanntgegeben und dabei betont werden, daß ein allgemein anerkanntes Reichsbischofsamt zur Zeit noch nicht besteht.

Es wird dankbar begrüßt, wenn die neuen Verhandlungen zwischen dem Dreierauschuß und dem Bevollmächtigten des Kanzlers das Ziel verfolgen, in allen Landeskirchen Neuwahlen vorzubereiten oder einen anderen Ausweg aus den bestehenden Schwierigkeiten zu finden.“

Aus dem Schlußsatz ergibt sich, daß Müller sowohl für die Forderung der Deutschen Christen nach Neuwahlen als auch für einen anderen Ausweg, wie wir ihn in unserer Sonntagsausgabe andeuteten, freie Hand behalten und nicht mit der Verantwortung für den Abbruch der Verhandlungen belastet sein möchte.

Das Kirchenbundesamt hat noch am Sonnabend erklären lassen, daß die Veröffentlichung dieses Schreibens die kirchlichen Amtsstellen zu den erforderlichen Maßnahmen gezwungen hat. Ferner wurde eine Erklärung der Bevollmächtigten des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes veröffentlicht, die zu dem Rechtsstreit eine endgültige und abschließende Stellung nimmt. Darin heißt es:

„Der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes sei am 27. April unter Zustimmung des Kirchenbundesrats einstimmig bevollmächtigt worden, eine neue Verfassung des deutschen Protestantentums herbeizuführen; demgemäß ist er zu allen durch die Neuordnung des Staatswesens veranlaßten, für das Wohl des deutschen Gesamtprotestantismus erforderlichen Maßnahmen sowie zu den gebotenen Erklärungen bei den Reichs- und Landesbehörden und anderen Stellen des öffentlichen Lebens beauftragt.“

Weiter heißt es, daß die in Loccum entworfenen Grundzüge

einer künftigen Verfassung allgemeine Zustimmung gefunden haben und daß die künftige Verfassung der deutschen evangelischen Kirche das Amt eines Reichsbischofs vorsieht. Die kirchenpolitischen Ereignisse der letzten Wochen geboten es den künftigen ersten Amtsträger schon jetzt zu bestimmen und seine Mitwirkung bei dem Ausbau der Verfassung zu gewinnen. Durch die Nominierung des Pastors D. von Bodelschwingh zum Reichsbischof der werdenden deutschen evangelischen Kirche ist dieser Schritt getan worden. Die dadurch bezweckte Forderung des Verfassungswerkes hielt sich vollkommen im Rahmen des dem Präsidenten des Kirchenbundes erteilten Auftrages. Mit überwältigender Mehrheit haben die Bevollmächtigten der Landeskirchen nachträglich dazu ihre Zustimmung gegeben. Sie haben sich damit, soweit es im Stadium der schwebenden Verfassungslage möglich ist, auf die Person des ersten Reichsbischofs mit bindender Wirkung geeinigt. D. von Bodelschwingh hat demgemäß die ausdrückliche Aufgabe erhalten, seine Tätigkeit sofort aufzunehmen, die bis zur Neuen Verfassung nicht in rechtlichen Kompetenzen, sondern in autoritärem Wirken in der Öffentlichkeit besteht.

Eine Verfassungsänderung des Kirchenbundes ist damit natürlich noch nicht vollzogen. Alle Erörterungen, ob die Vollmacht der Präsidenten des Kirchenbundes das Recht zur Verfassungsänderungen in sich schließt, seien deshalb abwegig. Aber ebenso zweifellos sei, daß der zum Reichsbischof der werdenden deutschen evangelischen Kirche bestimmte Theologe berechtigt und — da er die Nominierung zu jenem Amt seinerseits angenommen hat — auch gehalten ist, seine ganze Kraft für die Erfüllung der ihm aufgetragenen Aufgaben, insbesondere für die Durchführung des Verfassungswerkes einzusetzen. Aus demselben Grunde waren der Präsident des Kirchenbundes und seine Mitarbeiter berechtigt und verpflichtet, ihm bei der Durchführung ihres Auftrages jede mögliche Mitwirkung einzuräumen.“

Die Darstellung der Bevollmächtigten des Kirchenbundes macht also den Mitgliedern des Bundes, den einzelnen Kirchenführern die Unterstützung Bodelschwinghs zur Pflicht. Wie wir hören, steht die Einberufung des Kirchenbundesauschusses bevor, der über die Lage und die erforderlichen Maßnahmen Beschluß fassen wird. Es wird höchste Zeit, daß die Kirchenführer daran erinnert werden, ihren einmal getroffenen Entscheidungen auch zu folgen. D. Rendtorff ist seine Agitation gegen den Beschluß des Kirchenbundesauschusses sehr schlecht bekommen. Seine Pfarerschaft läßt ihn im Stich, und er hat zahllose Disziplinverfahren gegen Pfarrer anstrengen müssen, die ihn der Lüge bezichtigt haben. Tatsächlich hat Rendtorff nicht geführt, sondern verwirrt. Resultierendes kann man von Landesbischof D. Meiser sagen. Es geht uns in diesem Falle nicht darum, welche Entscheidung — für Bodelschwingh oder für Müller — die richtige ist. Es ist aber nicht möglich, daß ein bayerischer Bischof am Tage vor der Wahl Bodelschwinghs gegen ihn ist, daß er dann mit vollem „Ja“ Bodelschwingh wählt und daß er einige Tage später wieder nach den Weisungen seines Münchener Beraters Pastor Langensatz in entgegengesetzter Richtung handelt und heimlich, unter Vermeidung des Kirchenbundesamts, mit Müller verhandelt, aus Sorge, man könnte ihn an zuständiger Stelle wieder „geradestellen“. Das ist nicht Führung, sondern Verwirrung. Es ist nie in dem Sinne damit geholfen, daß D. Meiser einer klaren Entscheidung durch allerlei juristische Einwände aus dem Wege geht.

Wenn Wehrkreispfarrer Müller sich heute darüber beklagt, daß man ihn bei der Aufstellung der Kandidatur Bodelschwinghs nicht befragt habe, so muß auch über diese Frage endlich Klarheit geschaffen werden. Wehrkreispfarrer Müller hat als Bevollmächtigter Adolf Hilters und durch sein menschlich überaus anziehendes Wesen die größte Achtung der Kirchenführer

Stahlhelmgruppen aufgelöst

In Ostpreussen zwei Führer verhaftet

alte ungarische Recht der freien Königswahl — ein politischer Grundsatz, mit dem vorläufig jeder praktische Restaurationsplan hintangehalten wird. Gömbösch, der als jüngerer Staatsmann dem altösterreichischen Stile der Politik des Grafen Bethlen fernsteht, hat mit Erfolg die außenpolitische Linie Bethlens weitergeführt, die seit 1926 auf der engen Freundschaft mit Italien beruht. Kurze Zeit nach dem Sturze Bethlens im Sommer 1931 schienen französische Einflüsse in Budapest sich durchzusetzen. Der Drahtzieher in jener Zeit war Philippe Berthelot, der frühere Generalsekretär des französischen Außenministeriums. Frankreich konnte jedoch in der ungarischen Frage nicht zu einer eindeutigen Stellungnahme gelangen. Französisch orientiert waren und sind die habsburgisch-legitimistischen Kreise des Hochadels, deren schärfste äußere Gegner jedoch Benesch und auch Sildflawien sind. Da Frankreich seine Verbündeten nicht durch eine offene Stellungnahme für eine habsburgische Restauration brüskieren konnte, blieb alles in der Schwebe. Italien bemühte sich dann eine Zeitlang durch die Vermittlung Bethlens und des Bruders des rumänischen Königs um eine ungarisch-rumänische Personalunion unter italienischer Regide. Gömbösch hat dann nach der Übernahme der Ministerpräsidentenschaft auch diese Pläne auf Eis gelegt, auf der anderen Seite aber seine persönlichen Beziehungen zum Duce stark ausgebaut.

In den letzten Monaten hat nun die legitimistische Bewegung, vielleicht mit heimlicher Unterstützung Frankreichs, wieder an Boden gewonnen. In einem Bericht im „Tempo“ wurde noch in der vorigen Woche stark unterstrichen, daß die Legitimisten die Vereinigung von Ungarn und Oesterreich vor allem zur Verhinderung des Anschlusses betrieben! Gömbösch ist jedoch noch vor wenigen Tagen auf einer Sitzung der ungarischen Einheitspartei (Zuhaberin von 80 Prozent der Mandate im Parlament, Parteiführer Bethlen) dem legitimistischen Flügel scharf entgegengetreten. Er hat erklärt, daß er gegenüber den legitimistischen Machenschaften strengste Parteidisziplin aufrecht erhalten werde. Er würde nicht zögern, die Stefanskronen zu Fuß nach Wien zu bringen, wenn die Restauration der Habsburger das Oesterreich-Ungarn Franz-Josephs ersetzen lassen würde. Eine Personalunion zwischen Oesterreich und Ungarn sei aber nicht eine Wiederauferstehung der alten Monarchie. Ungarn brauche einen König in Budapest und nicht einen österreichischen Kaiser in Wien. Der Wortführer der ungarischen Legitimisten Graf Johann Zichy hat darauf für seine christlich-soziale Partei (7 Prozent der Parlamentsitze) schärfste Opposition angekündigt.

Wenn in englischen Blättern davon die Rede war, daß Gömbösch nach Berlin gefahren sei, um hier über eine bevorstehende Restauration in Ungarn zu sprechen, so ist dies, wie man sieht, harter Unsinn. Keinem ungarischen Politiker liegen derartige Gedanken heute ferner als Gömbösch. Eine andere Frage ist allerdings, welche Stellungnahme Ungarn zu dem Konflikt des Reiches mit den österreichischen Legitimisten Vaugoin, Starhemberg, Fey und auch Dollfuß einnimmt. Gömbösch kennt zweifellos die Verhältnisse in seinem Nachbarlande viel zu genau, als daß er nicht wüßte, daß hinter der heutigen Regierung in Oesterreich selbst fast nichts steht. Wie weit Gömbösch allerdings völlig außerhalb der anschlussfeindlichen Machenschaften anderer europäischer Staaten steht, läßt sich schwer eindeutig sagen. Der ungarische Ministerpräsident dürfte in Berlin erfahren haben, daß der Anschluß als völkerrechtlicher Akt zur Zeit in Deutschland gar nicht erwogen wird. Der Kampf um

Das Kirchenbundesamt hat noch am Sonnabend erklären lassen, daß die Veröffentlichung dieses Schreibens die kirchlichen Ämterstellen zu den erforderlichen Maßnahmen gezwungen hat. Ferner wurde eine Erklärung der Bevollmächtigten des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes veröffentlicht, die zu dem Rechtsstreit eine endgültige und abschließende Stellung nimmt. Darin heißt es:

„Der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes sei am 27. April unter Zustimmung des Kirchenbundesrats einmütig bevollmächtigt worden, eine neue Verfassung des deutschen Protestantismus herbeizuführen; demgemäß ist er zu allen durch die Neuordnung des Staatswesens veranlaßten, für das Wohl des deutschen Gesamtprotestantismus erforderlichen Maßnahmen sowie zu den gebotenen Erklärungen bei den Reichs- und Landesbehörden und anderen Stellen des öffentlichen Lebens beauftragt.

Weiter heißt es, daß die in Loccum entworfenen Grundzüge

Stahlhelmgruppen aufgelöst

In Ostpreussen zwei Führer verhaftet

In Ostpreußen sind mehrere Stahlhelmgruppen aufgelöst worden; zwei Stahlhelmführer wurden verhaftet.

Die „Trenburger Zeitung“ meldet dazu: „Wie der stellvertretende Landrat des Kreises Trenburg mitteilt, sind auf seine Anordnung im Einvernehmen mit der Staatspolizeistelle Tilsit die Ortsgruppen des Stahlhelms in den Dörfern Wiesenhöhe, Lehnarten, Billstein, Grünheide, Salleschen und Wronken aufgelöst worden, da durch die immer mehr anwachsende Aufnahme kommunistischer und marxistischer Elemente in die Reihen des Stahlhelms die unmittelbare Gefahr einer Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung bestand. Sämtliche Vermögensgegenstände der Formationen verfielen der Beschlagnahme. Der Ortsgruppenführer des Stahlhelms in Scharenken, Franz Malinka und der Stahlhelmgeschäftsführer Helmut Kelsch aus Scharenken, sind wegen dringenden Verdachtes eines Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung vom 21. März 1933 verhaftet worden.“

Bolz in Schubhaft

Der ehemalige württembergische Staatspräsident Bolz, der bekannte Zentrumsführer, wurde wegen der Vorgänge anlässlich des Katholikentages in Salzburg in Stuttgart in Schubhaft genommen. Bolz hatte auf der christlich-sozialen Tagung in Salzburg seinerzeit den Wunsch ausgesprochen, die Christlich-Soziale Partei möge die nötige Energie und Entschlußkraft aufbringen, um rechtzeitig die nötigen Reformen durchzuführen. Dann werde die Christlich-Soziale Partei auch in Zukunft in Oesterreich herrschen.

Norman Davis auf der Rückreise nach Amerika

Der amerikanische Sonderbotschafter Norman Davis ist von London wo er sich einige Tage aufgehalten hatte, nach New York abgereist. Er hatte in London Besprechungen mit Hull und MacDonald. Norman Davis wird in Washington Präsident Roosevelt sprechen und dann der Trauung seines Sohnes in Boston beiwohnen.

die Macht im österreichischen Staate ist ja schließlich etwas anderes als ein Kampf um eine Anschlussproklamation, wenn auch die italienische und französische Presse beständig beides zusammenwirft. Daß das gesamte deutsche Volk den Kampf in Oesterreich als eine innerdeutsche Angelegenheit betrachtet, der keinen Dritten etwas angeht, wird man allerdings in den europäischen Hauptstädten endlich zur Kenntnis nehmen müssen. Es wäre immerhin widersinnig, wenn der ungarische Staatsmann, der im eigenen Lande die habsburgischen Legitimisten scharf bekämpft, für die öster-

fahren gegen Pfarrer anstrengen müssen, die ihn der Lüge bezichtigt haben. Tatsächlich hat Rendtorff nicht geführt, sondern verwirrt. Resultisches kann man von Landesbischof D. Meiser sagen. Es geht uns in diesem Falle nicht darum, welche Entscheidung — für Bodelschwingh oder für Müller — die richtige ist. Es ist aber nicht möglich, daß ein bayerischer Bischof am Tage vor der Wahl Bodelschwinghs gegen ihn ist, daß er dann mit vollem „Ja“ Bodelschwingh wählt und daß er einige Tage später wieder nach den Weisungen seines Münchener Beraters Pastor Langensack in entgegengesetzter Richtung handelt und heimlich, unter Vermeidung des Kirchenbundesamts, mit Müller verhandelt, aus Sorge, man könnte ihn an zuständiger Stelle wieder „gerade stellen“. Das ist nicht Führung, sondern Verwirrung. Es ist nie m a n d e n damit geholfen, daß D. Meiser einer klaren Entscheidung durch allerlei juristische Einwände aus dem Wege geht.

Wenn Wehrkreispfarrer Müller sich heute darüber beklagt, daß man ihn bei der Aufstellung der Kandidatur Bodelschwinghs nicht befragt habe, so muß auch über diese Frage endlich Klarheit geschaffen werden. Wehrkreispfarrer Müller hat als Bevollmächtigter Adolf Hitlers und durch sein menschlich überaus anziehendes Wesen die größte Achtung der Kirchenführer erworben. Die Zusammenarbeit zwischen ihm und dem Dreimännerauschuß gehört zu den glücklichsten Ereignissen der letzten Wochen. Man hatte aber auf kirchlicher Seite mit Recht erwartet, daß Müller seine Zusagen einlösen und die radikalen Gruppen, die nicht aus kirchlicher Verantwortung handeln, aus der Reichsleitung der „Deutschen Christen“ entfernen werde. Müller hat diese Absicht ehrlich und energisch verfolgt. Er hatte bereits Hossensfelder zur Unterschrift unter eine entsprechende Verfügung gewonnen. Da zog Hossensfelder am Dienstagmittag vor Himmelfahrt (23. Mai) die Unterschrift zurück. Inzwischen war Müller gegen seinen Willen von einer Gruppe ostpreußischer Pfarrer öffentlich zum Reichsbischof ausgerufen worden. Seit Dienstagabend vor Himmelfahrt liegt die Führung wieder unbestritten bei Hossensfelder, und Müller wurde, der Bevollmächtigte des Reichskanzlers für die ganze evangelische Kirche, zum Kandidaten einer kirchenpolitischen Partei. Er sollte benutzt werden, um Hitler festzulegen. Aus dieser Lage heraus ergab sich erst der rasche Beschluß D. Kapiers, das Ultimatum Hossensfelders und die Continuirlich vom Mittwoch, dem 24. Mai, mit der Nominierung Bodelschwinghs zu beantworten. Der Beschluß der Kirchen ist also keine Entscheidung gegen Adolf Hitler.

Leider haben maßgebende Persönlichkeiten festgestellt, daß der Herr Reichskanzler über diesen ganzen Sachverhalt nicht unterrichtet ist. Es wäre zu wünschen, daß um des Friedens willen alles versucht wird, um alle an der evangelischen Kirche interessierten Stellen zu einer gemeinsamen Aussprache zu führen, die alle Beteiligten aus der Agitation wieder zur Arbeit und zum Dienst führt. Sonst ist die Spaltung der Kirche nicht mehr zu vermeiden. Denn es ist ein Unsinns, die Gestaltung der Kirche in die Hände der Steuerzahler zu legen. Die christliche Gemeinde, die Luther meint, ist entgegen Prof. Hirsch nicht identisch mit der Summe der Kirchensteuerzahler und Taufscheinhaber. Es war immer ein Kennzeichen des evangelischen Glaubens, daß am Anfang die Buße stand. Nur eine echte und freie Kirche kann den Ordnungen von Volk und Staat den nötigen Dienst tun.

A. F.

reichlichen Legitimisten eintreten würde, die ihren Anspruch auf die Vereinigung mit Ungarn nie aufgeben werden, während gerade das Reich und die österreichischen Nationalsozialisten jeden derartigen Anspruch scharf ablehnen. So wird man die erforderliche Einschaltung Ungarns nur so aufpassen und akzeptieren dürfen, daß Ungarn die innerdeutschen Auseinandersetzungen genau so wenig berühren können, als andere europäische Mächte, die schon manchmal einen ungewöhnlichen Eifer in dieser Frage an den Tag gelegt haben.